WISSENSCHAFTLICHE STUDIE

Bildungsföderalismus und Bürokratie in Deutschland

Die gesellschaftspolitischen Gefahren eines strukturell blockierten Bildungswesens

---

Eine empirisch fundierte Untersuchung
zu Bildungsgerechtigkeit, wirtschaftlichem Wohlstand,
gesellschaftlichem Zusammenhalt und demokratischer Stabilität

Stand: November 2026

Mit Inhaltsverzeichnis, nummerierten Fußnoten und Literaturverzeichnis

Inhaltsverzeichnis

Abstract – Zusammenfassung der Untersuchung . . . 4

1. Problemstellung und Zielsetzung . . . 4

2. Der Bildungsföderalismus als institutionelle Herausforderung . . . 5

2.1 Verfassungsrechtliche Ausgangslage . . . 5

2.2 Trennung von Finanzierung, Entscheidung und Umsetzung . . . 5

2.3 Das Kooperationsproblem . . . 5

3. Empirische Untersuchung: Warum Fördermittel nicht abgerufen werden . . . 6

3.1 Der kommunale Investitionsrückstand . . . 6

3.2 Bürokratie als nachgewiesenes Förderhemmnis . . . 6

3.3 Personelle Engpässe in der kommunalen Verwaltung . . . 7

3.4 Fehlende Planungssicherheit und Folgekosten . . . 7

3.5 Zwischenergebnis . . . 7

4. Folgen für Bildungsqualität und Bildungsgerechtigkeit . . . 7

4.1 Sinkende schulische Kompetenzen . . . 7

4.2 Internationale Vergleichbarkeit . . . 7

4.3 Soziale Herkunft und regionale Unterschiede . . . 8

5. Wirtschaftliche Folgen unzureichender Bildung . . . 8

5.1 Bildung als Grundlage des Wohlstands . . . 8

5.2 Junge Erwachsene ohne Berufsabschluss . . . 8

5.3 Langfristige volkswirtschaftliche Kosten . . . 8

6. Gesellschaftspolitische Gefahren . . . 8

6.1 Zunehmende soziale Spaltung . . . 8

6.2 Vertrauensverlust in staatliche Institutionen . . . 9

6.3 Bildung und demokratische Stabilität . . . 9

7. Die strukturelle Gesamtproblematik . . . 9

8. Reformvorschläge und politische Handlungsempfehlungen . . . 9

8.1 Klare Verantwortungszuordnung . . . 9

8.2 Vereinheitlichung der Förderverfahren . . . 9

8.3 Dauerhafte Finanzierung . . . 10

8.4 Professionalisierung der kommunalen Schulverwaltung . . . 10

8.5 Gemeinsame Bildungsstandards . . . 10

8.6 Reform der föderalen Bildungsfinanzierung . . . 10

9. Gesamtbewertung . . . 10

10. Schlussfolgerung: Die Handlungsfähigkeit des Staates entscheidet über die Zukunft . . 10

11. Nummerierte Fußnoten 11

12. Literaturverzeichnis 11

Methodische Anmerkung 12

Abstract – Zusammenfassung der Untersuchung

Das deutsche Bildungswesen steht vor erheblichen strukturellen Herausforderungen. Sinkende Schülerleistungen, Bildungsungleichheit, ein erheblicher Sanierungsbedarf der Schulinfrastruktur und Schwierigkeiten bei der Digitalisierung weisen auf Defizite hin, die weit über einzelne Schulen hinausgehen.

Diese Arbeit untersucht, inwieweit die föderale Organisation des Bildungswesens und die damit verbundenen Verwaltungsstrukturen die Bewältigung dieser Probleme erschweren. Besondere Aufmerksamkeit gilt dem Widerspruch zwischen der Bereitstellung öffentlicher Fördermittel und ihrer tatsächlichen Verwendung. Empirische Befunde zeigen erhebliche administrative Hemmnisse; die Analyse bewertet deren Zusammenwirken mit der föderalen Kompetenzverteilung und die daraus entstehenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Risiken.

Die zentrale These lautet: Ein Bildungssystem, dessen institutionelle Strukturen notwendige Reformen und Investitionen dauerhaft erschweren, kann langfristig wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, soziale Chancengerechtigkeit und Vertrauen in die demokratische Handlungsfähigkeit des Staates beeinträchtigen.

Die Untersuchung plädiert nicht für die pauschale Abschaffung des Föderalismus, sondern für eine Neuordnung von Verantwortlichkeiten, Finanzierungswegen und Verwaltungsprozessen.

1. Problemstellung und Zielsetzung

Bildung gehört zu den wichtigsten Voraussetzungen für die langfristige Entwicklung einer modernen Gesellschaft. Sie beeinflusst individuelle Lebenschancen, die Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte, die Innovationsfähigkeit einer Volkswirtschaft und die Fähigkeit der Bevölkerung zur demokratischen Teilhabe.

Deutschland verfügt grundsätzlich über erhebliche finanzielle, wirtschaftliche und institutionelle Möglichkeiten, ein leistungsfähiges Bildungssystem zu gewährleisten. Dennoch bestehen seit Jahren erhebliche Probleme: sinkende Leistungen bei grundlegenden Kompetenzen, regionale Unterschiede, Lehrkräftemangel, Unterrichtsausfälle, sanierungsbedürftige Schulgebäude und Verzögerungen bei der Digitalisierung.

Besonders kritisch ist die Diskrepanz zwischen dem politischen Anspruch, die Bildungsinfrastruktur zu verbessern, und der tatsächlichen Umsetzung entsprechender Maßnahmen. Eine im November 2026 veröffentlichte Medienberichterstattung zum Sondervermögen für Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur meldete einen sehr geringen Mittelabfluss zum damaligen Stichtag. Die dort genannten Beträge sind als Stichtagswerte zu verstehen: Mittelabfluss ist nicht gleichbedeutend mit Bewilligung, Mittelbindung oder dem gesamten Projektfortschritt. [1]

Die zentrale Forschungsfrage lautet: Warum gelingt es einem wirtschaftlich leistungsfähigen Staat nicht immer, dringend benötigte Investitionsmittel zeitnah in seine Bildungsinfrastruktur zu überführen? Untersucht werden institutionelle, administrative und personelle Ursachen sowie mögliche gesellschaftliche Folgen.

2. Der Bildungsföderalismus als institutionelle Herausforderung

2.1 Verfassungsrechtliche Ausgangslage

Die föderale Struktur der Bundesrepublik beruht auf der Aufteilung staatlicher Kompetenzen zwischen Bund und Ländern. Artikel 30 und Artikel 70 des Grundgesetzes bilden wesentliche Grundlagen dieser Kompetenzordnung. Im Bildungswesen kommt den Ländern aufgrund ihrer Kulturhoheit eine zentrale Zuständigkeit zu. Sie bestimmen insbesondere Schulstrukturen, Lehrpläne, Prüfungsanforderungen, Lehrkräfteausbildung und wesentliche Teile der Schulaufsicht. [2]

Die Kommunen übernehmen als Schulträger überwiegend die äußeren Schulangelegenheiten, insbesondere Gebäude, Ausstattung und Instandhaltung. Der Bund verfügt über begrenzte unmittelbare Zuständigkeiten im allgemeinen Schulwesen, kann jedoch unter bestimmten verfassungsrechtlichen Voraussetzungen finanzielle Unterstützung leisten.

Von besonderer Bedeutung sind Artikel 91b und Artikel 104c des Grundgesetzes. Artikel 104c ermöglicht Finanzhilfen des Bundes für gesamtstaatlich bedeutsame Investitionen zur Steigerung der Leistungsfähigkeit der kommunalen Bildungsinfrastruktur. Das sogenannte Kooperationsverbot ist daher keine vollständige Sperre jeder Zusammenarbeit. Die konkreten Möglichkeiten bleiben jedoch an verfassungsrechtliche Voraussetzungen und die Kompetenzordnung gebunden. [2]

2.2 Trennung von Finanzierung, Entscheidung und Umsetzung

Die institutionelle Struktur verteilt Aufgaben auf mehrere Ebenen: Der Bund kann Finanzhilfen und Förderprogramme bereitstellen; die Länder gestalten Bildungspolitik und Förderverwaltung; die Kommunen sind für wesentliche Teile der äußeren Schulangelegenheiten zuständig; die Schulen formulieren pädagogische Bedarfe und setzen Ausstattung im Alltag ein.

Diese Aufteilung ist mit föderalen Prinzipien vereinbar, kann aber Abstimmungsprobleme erzeugen. Ein Förderprogramm muss rechtlich und administrativ ausgestaltet werden, die Länder müssen Verfahren festlegen und Kommunen müssen Projekte planen, beantragen und umsetzen. Jede zusätzliche Abstimmungsstufe kann Zeit kosten.

Wenn ein Schulgebäude nicht saniert wird oder digitale Ausstattung fehlt, können mehrere Institutionen auf ihre jeweils begrenzten Zuständigkeiten verweisen. Dadurch kann Verantwortungsdiffusion entstehen: Viele Stellen sind beteiligt, aber die Verantwortung für das Gesamtergebnis ist schwer zuzuordnen.

2.3 Das Kooperationsproblem

Das Problem besteht nicht in einem vollständigen Verbot der Zusammenarbeit, sondern in der begrenzten Reichweite einzelner Kompetenzen und den daraus entstehenden Abstimmungsanforderungen. Zudem können unterschiedliche Finanzierungsverantwortlichkeiten entstehen: Der Bund unterstützt beispielsweise eine Investition, während Länder und Kommunen Personal, Betrieb, Wartung und organisatorische Einbindung sicherstellen müssen.

Ein modernes Bildungssystem benötigt deshalb nicht nur einmalige Investitionen, sondern langfristig gesicherte Betriebs- und Entwicklungsmöglichkeiten.

3. Empirische Untersuchung: Warum Fördermittel nicht abgerufen werden

3.1 Der kommunale Investitionsrückstand

Eine zentrale empirische Grundlage ist das KfW-Kommunalpanel 2025. Die Untersuchung beruht auf einer Befragung kommunaler Kämmereien und dokumentiert einen erheblichen Investitionsrückstand in der kommunalen Infrastruktur. Für 2024 wurde der gesamte Rückstand auf rund 215,7 Milliarden Euro geschätzt. Davon entfielen 67,84 Milliarden Euro auf Schulen. [3]

Infrastruktur	Geschätzter Investitionsrückstand
Schulen	67,84 Mrd. Euro
Straßen	53,35 Mrd. Euro
Verwaltungsgebäude	19,50 Mrd. Euro
Feuerwehr	19,93 Mrd. Euro
Sportstätten	15,58 Mrd. Euro
Kindertagesstätten	11,16 Mrd. Euro

Der Schulbereich macht damit rund 31 Prozent des ausgewiesenen kommunalen Investitionsrückstands aus. Der Befund beschreibt einen geschätzten Bedarf und nicht automatisch bereits bewilligte oder kurzfristig finanzierbare Projekte. Er verdeutlicht jedoch die Größenordnung der kommunalen Herausforderung. [3]

3.2 Bürokratie als nachgewiesenes Förderhemmnis

Das KfW-Kommunalpanel erfasst auch die von Kommunen wahrgenommenen Hemmnisse bei Förderprogrammen. Besonders häufig genannt wurden aufwendige Dokumentationspflichten, umfangreiche Antragsunterlagen und uneinheitliche Antragsverfahren. Die Prozentwerte geben den Anteil der befragten Kommunen wieder, die das jeweilige Hemmnis nannten; sie messen nicht den Anteil aller Fördermittel, der deshalb nicht abgerufen wurde. [3]

Genanntes Hemmnis	Anteil
Aufwendige Dokumentationspflichten	91 %
Umfangreiche Antragsunterlagen	88 %
Uneinheitliche Antragsverfahren	88 %
Eingeschränkte Kombinierbarkeit von Förderprogrammen	82 %
Komplexität der Antragsunterlagen	82 %

Diese Ergebnisse belegen, dass die Fördermittelverwaltung für viele Kommunen eine erhebliche administrative Belastung darstellt. Sie belegen für sich genommen jedoch nicht, dass Bürokratie der einzige oder stets entscheidende Grund für einen konkreten Mittelverzicht ist. Weitere Faktoren wie fehlende Planungskapazitäten, Baupreise, Vergabeverfahren und Projektpriorisierung müssen ebenfalls berücksichtigt werden. [3]

3.3 Personelle Engpässe in der kommunalen Verwaltung

Für die Umsetzung moderner Bildungsinvestitionen werden Fachkräfte aus Bauplanung, Vergabe, Fördermittelmanagement, Informationstechnologie, Projektsteuerung, Datenschutz und IT-Sicherheit benötigt. Viele Schulträger verfügen nicht über ausreichende Kapazitäten, um zusätzliche Förderprogramme parallel zum laufenden Betrieb zu bearbeiten.

Die Studie der PD – Berater der öffentlichen Hand zur kommunalen Schul-IT stützt sich auf eine Befragung von 536 Schulträgern, 54 Interviews mit Schlüsselakteuren und einen Expertenworkshop. Sie beschreibt Herausforderungen beim Aufbau dauerhaft funktionsfähiger Organisations- und Supportstrukturen für die digitale Schulinfrastruktur. [4]

Technische Ausstattung ist nur ein Teil der Digitalisierung. Geräte müssen geplant, installiert, verwaltet, gewartet und sicher betrieben werden. Fehlen Fachkräfte und dauerhafte Betriebskonzepte, bleibt der Nutzen der Investition begrenzt.

3.4 Fehlende Planungssicherheit und Folgekosten

Einmalige Förderprogramme schaffen noch keine langfristige Finanzierungssicherheit. Bei digitaler Infrastruktur entstehen laufende Kosten für Software, Sicherheitsupdates, Geräteersatz, Wartung, IT-Support und Schulungen. Wenn die Finanzierung dieser Folgekosten ungeklärt bleibt, kann dies Investitionsentscheidungen erschweren.

3.5 Zwischenergebnis

Die empirischen Befunde sprechen für ein Zusammenwirken mehrerer Hemmnisse: komplexe und uneinheitliche Förderverfahren, umfangreiche Nachweispflichten, fehlendes Fachpersonal, unzureichende Planungskapazitäten, Unsicherheit über Folgekosten und mehrstufige Abstimmungsprozesse. Sie wirken nicht unabhängig voneinander und können die Umsetzung notwendiger Investitionen verzögern.

4. Folgen für Bildungsqualität und Bildungsgerechtigkeit

4.1 Sinkende schulische Kompetenzen

Der IQB-Bildungstrend 2024 untersuchte die mathematischen und naturwissenschaftlichen Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern der neunten Jahrgangsstufe. Die am 16. Oktober 2025 veröffentlichten Ergebnisse weisen gegenüber früheren Erhebungen deutliche Rückgänge aus. In Mathematik verfehlten knapp 9 Prozent den Mindeststandard für den Ersten Schulabschluss und rund 34 Prozent den Mindeststandard für den Mittleren Schulabschluss. [5]

Diese Zahlen zeigen, dass erhebliche Teile einer Schülergeneration die angestrebten Kompetenzniveaus nicht erreichen. Bildungsleistungen werden jedoch von zahlreichen Faktoren beeinflusst, darunter soziale Herkunft, familiäre Lernbedingungen, Unterrichtsqualität, Sprachkompetenz und Lehrkräfteversorgung. Eine unmittelbare monokausale Verbindung zwischen Bildungsföderalismus und sinkenden Schülerleistungen wäre daher nicht zulässig.

4.2 Internationale Vergleichbarkeit

Die OECD-PISA-Studie 2022 ermittelte für Deutschland bei 15-Jährigen 475 Punkte in Mathematik, 480 Punkte im Lesen und 492 Punkte in Naturwissenschaften. Gegenüber 2018 gingen die Ergebnisse in allen drei Bereichen zurück. Deutschland lag in Mathematik und Lesen ungefähr auf dem OECD-Niveau und in Naturwissenschaften darüber. [6]

Die Befunde sprechen somit nicht für einen vollständigen Zusammenbruch des Bildungssystems, sondern für einen erheblichen Leistungsrückgang, der eine sachliche und langfristige Reaktion erfordert.

4.3 Soziale Herkunft und regionale Unterschiede

Der Bildungsbericht 2024 dokumentiert anhand zahlreicher Indikatoren Zusammenhänge zwischen sozialer Lage, Bildungsbeteiligung und Bildungswegen. [7] Die föderale Struktur kann bestehende Unterschiede verstärken, wenn die Qualität der Infrastruktur und die verfügbaren Unterstützungsangebote regional stark auseinandergehen.

Finanzstarke Kommunen können zusätzliche Planungs- und Verwaltungskapazitäten eher bereitstellen. Finanzschwache Kommunen sind häufig stärker auf Fördermittel angewiesen, verfügen aber möglicherweise gerade nicht über die personellen Voraussetzungen, um komplexe Programme schnell zu erschließen. Daraus kann eine doppelte Benachteiligung entstehen.

5. Wirtschaftliche Folgen unzureichender Bildung

5.1 Bildung als Grundlage des Wohlstands

Deutschlands wirtschaftliche Leistungsfähigkeit beruht wesentlich auf qualifizierten Arbeitskräften, technologischer Kompetenz, Forschung und Innovation. Fehlende Grundkompetenzen können Erwerbschancen, Produktivität und die Fähigkeit von Unternehmen beeinträchtigen, neue Technologien zu entwickeln und einzusetzen.

5.2 Junge Erwachsene ohne Berufsabschluss

Nach den vom Bundesinstitut für Berufsbildung ausgewerteten Mikrozensusdaten für 2024 waren rund 18,8 Prozent der 20- bis 34-Jährigen ohne abgeschlossene Berufsausbildung. Das entsprach hochgerechnet rund 2,76 Millionen Menschen. Die Quote unterschied sich deutlich nach Staatsangehörigkeit; bei deutschen Staatsangehörigen lag sie bei 12,2 Prozent, bei ausländischen Staatsangehörigen bei 37,2 Prozent. [8]

Bei der Interpretation sind unterschiedliche Bildungsbiografien, Zuwanderung und die Anerkennung ausländischer Qualifikationen zu berücksichtigen. Die Zahlen verdeutlichen dennoch eine erhebliche arbeitsmarkt- und bildungspolitische Herausforderung.

5.3 Langfristige volkswirtschaftliche Kosten

Das ifo Institut verwies 2023 auf eine modellgestützte Schätzung, nach der der Rückgang der PISA-Leistungen langfristig erhebliche Wirtschaftsleistungsverluste verursachen könnte. Die genannte Größenordnung von rund 14 Billionen Euro bis zum Ende des Jahrhunderts ist eine Projektion und kein bereits eingetretener Schaden. Sie hängt von Annahmen über den Zusammenhang zwischen Kompetenzen und langfristigem Wirtschaftswachstum ab. [9]

> **Bildungsinvestitionen sind Investitionen in die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit. Ihre Verzögerung kann langfristig erhebliche Wohlstandsverluste begünstigen.**

6. Gesellschaftspolitische Gefahren

6.1 Zunehmende soziale Spaltung

Bildung ist ein wichtiger Faktor sozialer Mobilität. Wenn schulische Qualität stark von sozialer Herkunft und regionalen Lebensbedingungen abhängt, werden bestehende Ungleichheiten nicht ausreichend ausgeglichen. Familien mit größeren finanziellen Möglichkeiten können Defizite häufig durch Nachhilfe und zusätzliche Lernangebote kompensieren; sozial schwächere Familien haben diese Möglichkeiten seltener.

6.2 Vertrauensverlust in staatliche Institutionen

Die Bevölkerung beurteilt staatliche Leistungsfähigkeit nicht allein anhand politischer Ankündigungen, sondern auch anhand sichtbarer Ergebnisse. Wenn Schulgebäude über Jahre nicht saniert werden, digitale Ausstattung fehlt und Fördermittel trotz hohen Bedarfs nur langsam in konkrete Projekte münden, kann die Diskrepanz zwischen politischem Anspruch und staatlicher Realität das Vertrauen in öffentliche Institutionen beeinträchtigen.

6.3 Bildung und demokratische Stabilität

Eine Demokratie benötigt Bürgerinnen und Bürger, die Informationen einordnen, unterschiedliche Positionen beurteilen und komplexe Zusammenhänge verstehen können. Lesen, Schreiben, Rechnen, Medienkompetenz und kritisches Denken sind dafür wichtige Voraussetzungen. Schulen haben deshalb neben ihrem Bildungsauftrag eine demokratische Funktion.

Ein dauerhaft unzureichendes Bildungssystem kann diese Aufgabe nur eingeschränkt erfüllen. Wenn gleichzeitig soziale Unsicherheit, fehlende Aufstiegschancen und der Eindruck staatlicher Handlungsunfähigkeit zunehmen, können politische Entfremdung und Polarisierung begünstigt werden. Ein unmittelbarer kausaler Zusammenhang zwischen einzelnen Bildungsdefiziten und Extremismus lässt sich daraus jedoch nicht ableiten.

7. Die strukturelle Gesamtproblematik

Die Probleme des Bildungswesens lassen sich nicht ausschließlich durch fehlende finanzielle Mittel erklären. Vielmehr treffen mehrere strukturelle Schwächen aufeinander: verteilte Zuständigkeiten, zeitlich begrenzte Förderprogramme, umfangreiche Antrags- und Dokumentationspflichten, ungleiche kommunale Personalkapazitäten und teilweise unklare Folgekosten.

Diese Faktoren können eine institutionelle Selbstblockade begünstigen. Das Problem liegt nicht notwendigerweise im Fehlverhalten einzelner Behörden, sondern in einer Gesamtorganisation, in der jede Ebene eigene rechtliche und administrative Anforderungen erfüllt, ohne dass die gemeinsame Aufgabe immer mit der erforderlichen Geschwindigkeit umgesetzt wird.

Die Fehlentwicklung besteht darin, dass die Erfüllung von Verfahrensanforderungen teilweise stärker in den Mittelpunkt rückt als das gesellschaftliche Ergebnis.

8. Reformvorschläge und politische Handlungsempfehlungen

8.1 Klare Verantwortungszuordnung

Für jede wesentliche Bildungsaufgabe muss nachvollziehbar sein, wer politisch verantwortlich ist, wer finanziert, wer über die Verwendung entscheidet, wer umsetzt und wer gegenüber der Öffentlichkeit Rechenschaft ablegt. Die Gesamtverantwortung darf nicht in einer Vielzahl getrennter Zuständigkeiten verloren gehen.

8.2 Vereinheitlichung der Förderverfahren

- Zentrale digitale Antragsplattformen und standardisierte Antragsunterlagen.
- Möglichst einheitliche Förderbedingungen und klare Bewilligungszuständigkeiten.
- Verbindliche Bearbeitungsfristen und transparente Verfahrensstände.
- Reduzierte Dokumentationspflichten und vereinfachte Verwendungsnachweise.
- Risikoorientierte Kontrollen in angemessenem Verhältnis zur Förderung.

8.3 Dauerhafte Finanzierung

Investitionen in Schulgebäude, technische Ausstattung und digitale Infrastruktur müssen durch eine verlässliche Finanzierung laufender Kosten ergänzt werden. Wartung, IT-Sicherheit, Software, Personal und Weiterentwicklung sind von Beginn an einzuplanen.

8.4 Professionalisierung der kommunalen Schulverwaltung

Regionale Kompetenzzentren könnten kleinere und finanzschwache Schulträger bei Fördermittelmanagement, Bauplanung, IT-Beschaffung, technischer Betreuung, Vergabeberatung und Projektsteuerung unterstützen. Dadurch ließen sich Fachkompetenzen bündeln und kommunale Verwaltungen entlasten.

8.5 Gemeinsame Bildungsstandards

Die Länder sollten ihre Zusammenarbeit bei Kompetenzanforderungen, Prüfungsstandards, Anerkennung von Abschlüssen, digitalen Standards und Bildungsberichten intensivieren. Regionale Besonderheiten können erhalten bleiben, sollten aber nicht zu dauerhaft ungleichen grundlegenden Bildungschancen führen.

8.6 Reform der föderalen Bildungsfinanzierung

Die Möglichkeiten des Bundes zur Beteiligung an überregional bedeutsamen Bildungsinvestitionen sollten stärker und langfristiger genutzt werden. Zu prüfen sind die bestehenden Finanzierungswege und die praktische Anwendung der Artikel 91b und 104c des Grundgesetzes. Ziel sollte keine vollständige Zentralisierung sein, sondern eine bessere Verbindung regionaler Gestaltungsmöglichkeiten mit gesamtstaatlicher Verantwortung.

9. Gesamtbewertung

Die empirischen Befunde belegen einen erheblichen kommunalen Investitionsrückstand, umfangreiche bürokratische Hemmnisse bei Förderprogrammen, personelle und organisatorische Engpässe bei Schulträgern, sinkende schulische Kompetenzwerte und eine erhebliche Zahl junger Erwachsener ohne Berufsabschluss.

Diese Entwicklungen sind nicht ausschließlich auf den Bildungsföderalismus zurückzuführen. Sie zeigen jedoch, dass das bestehende System Schwierigkeiten haben kann, auf Herausforderungen schnell und ausreichend koordiniert zu reagieren. Die föderale Struktur wird zum zusätzlichen Hemmnis, wenn Zuständigkeiten, Finanzierungswege und Verwaltungsverfahren nicht ausreichend aufeinander abgestimmt sind.

Besonders kritisch ist eine mögliche sich selbst verstärkende Entwicklung: Unzureichende Investitionen verschlechtern Bildungsbedingungen; schwächere Bildungsbedingungen können die Kompetenzentwicklung beeinträchtigen; fehlende Kompetenzen können langfristig wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten schwächen. Sichtbare staatliche Versäumnisse können zudem das Vertrauen in öffentliche Institutionen beeinträchtigen.

10. Schlussfolgerung: Die Handlungsfähigkeit des Staates entscheidet über die Zukunft

Der deutsche Bildungsföderalismus ist historisch und demokratisch begründet. Seine konkrete Ausgestaltung muss jedoch daran gemessen werden, ob sie den Anforderungen einer modernen Gesellschaft gerecht wird. Wenn notwendige Investitionen aufgrund komplizierter Zuständigkeiten, langwieriger Abstimmungen und übermäßiger Verwaltungsanforderungen verzögert werden, muss die bestehende Organisationsstruktur kritisch überprüft werden.

Ein Staat kann seine Zukunft nicht allein durch die Bereitstellung finanzieller Mittel sichern. Er muss auch in der Lage sein, diese Mittel wirksam einzusetzen. Die institutionellen und administrativen Voraussetzungen dafür sind nicht überall ausreichend gegeben.

> **Ein Staat, der seine vorhandenen finanziellen und personellen Ressourcen aufgrund institutioneller und bürokratischer Hindernisse nicht wirksam einsetzen kann, gefährdet seine eigene Zukunftsfähigkeit.**

Die Reform des Bildungsföderalismus und der öffentlichen Bildungsverwaltung ist deshalb nicht nur eine bildungspolitische Aufgabe. Sie ist eine gesamtstaatliche Notwendigkeit zur Sicherung des wirtschaftlichen Wohlstands, des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der demokratischen Ordnung Deutschlands.

11. Nummerierte Fußnoten

[1] Tagesschau, Berichterstattung vom 8. November 2026 zum Mittelabfluss aus dem Sondervermögen für Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur. Die Angaben sind Stichtagswerte. Für eine abschließende wissenschaftliche Zitierung sollte die zugrunde liegende Antwort des Bundesfinanzministeriums einschließlich Berichtszeitraum und Definition des Mittelabflusses beigezogen werden.

[2] Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, insbesondere Art. 30, 70, 91b und 104c. Amtliche Fassung: https://www.gesetze-im-internet.de/gg/

[3] KfW Research / Deutsches Institut für Urbanistik, KfW-Kommunalpanel 2025. Angaben zum kommunalen Investitionsrückstand und zu Hemmnissen bei Fördermitteln. Projektseite: https://www.kfw.de/kommunalpanel

[4] PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH, Bereit für die Zukunft? Kommunen für den digitalen Umbau der Schulen stärken. Studie zur kommunalen Schul-IT. Publikationsübersicht: https://www.pd-g.de/publikationen

[5] Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB), IQB-Bildungstrend 2024, veröffentlicht am 16. Oktober 2025. Projektseite: https://www.iqb.hu-berlin.de/de/schule/sekundarstufe-i/bildungstrend/2024/

[6] OECD (2023), PISA 2022 Results – Country Note: Germany. Länderbericht und internationale Ergebnisse: https://www.oecd.org/pisa/

[7] Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung (2024), Bildung in Deutschland 2024. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zur beruflichen Bildung. https://www.bildungsbericht.de/de/bildungsberichte-seit-2006/bildungsbericht-2024

[8] Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), Daten zur Entwicklung junger Erwachsener ohne Berufsabschluss; Datengrundlage Mikrozensus 2024. https://www.bibb.de/

[9] ifo Institut, Pressemitteilung vom 5. Dezember 2023, „PISA-Absturz gefährdet wirtschaftlichen Wohlstand“. Die genannte Größenordnung ist eine modellgestützte Projektion, kein bereits eingetretener Schaden. https://www.ifo.de/pressemitteilung/2023-12-05/pisa-absturz-gefaehrdet-wirtschaftlichen-wohlstand

[10] Kultusministerkonferenz (2020), Ländervereinbarung über die gemeinsame Grundstruktur des Schulwesens und die gesamtstaatliche Verantwortung der Länder in zentralen bildungspolitischen Fragen, Beschluss vom 15. Oktober 2020. https://www.kmk.org/

12. Literaturverzeichnis

• Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung (2024): Bildung in Deutschland 2024. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zur beruflichen Bildung. Bielefeld: wbv Publikation. DOI: 10.3278/6001820iw.

• Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB): Daten und Analysen zur Entwicklung junger Erwachsener ohne Berufsabschluss; Datengrundlage Mikrozensus 2024.

• Bundesrepublik Deutschland: Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, insbesondere Artikel 30, 70, 91b und 104c.

• Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) (2025): IQB-Bildungstrend 2024. Kompetenzen in Mathematik und den Naturwissenschaften am Ende der 9. Jahrgangsstufe.

• ifo Institut (2023): PISA-Absturz gefährdet wirtschaftlichen Wohlstand. Pressemitteilung vom 5. Dezember 2023.

• KfW Research / Deutsches Institut für Urbanistik (2025): KfW-Kommunalpanel 2025.

• Kultusministerkonferenz (2020): Ländervereinbarung über die gemeinsame Grundstruktur des Schulwesens und die gesamtstaatliche Verantwortung der Länder in zentralen bildungspolitischen Fragen.

• OECD (2023): PISA 2022 Results – Country Note: Germany. Paris: OECD Publishing.

• PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH (2022): Bereit für die Zukunft? Kommunen für den digitalen Umbau der Schulen stärken.

• Tagesschau (2026): Berichterstattung vom 8. November 2026 zum Mittelabfluss aus dem Sondervermögen für Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur.

Methodische Anmerkung

Die Untersuchung verbindet empirische Bildungs- und Verwaltungsdaten mit einer institutionellen und gesellschaftspolitischen Analyse. Dabei sind drei Ebenen zu unterscheiden: (1) empirisch nachgewiesene Sachverhalte wie Investitionsrückstände, Verwaltungshemmnisse und Kompetenzentwicklungen; (2) institutionelle Zusammenhänge wie die Aufteilung von Zuständigkeiten und mehrstufige Verwaltungsprozesse; (3) gesellschaftspolitische Schlussfolgerungen zu möglichen langfristigen Auswirkungen auf Wohlstand, Bildungsgerechtigkeit, gesellschaftlichen Zusammenhalt und demokratische Stabilität.

Die angeführten Studien belegen nicht, dass der Bildungsföderalismus allein für die gegenwärtige Bildungskrise verantwortlich ist. Sie liefern jedoch eine Grundlage zur Untersuchung, inwieweit seine konkrete Ausgestaltung und die damit verbundenen Verwaltungsverfahren notwendige Verbesserungen erschweren. Langfristige wirtschaftliche und demokratiepolitische Auswirkungen sind als begründete Risikobewertungen zu verstehen, nicht als vollständig nachgewiesene Kausalzusammenhänge.